

11.12.2020

Wirtschaftsvereinigung Stahl zum Stahlforum: Rahmenbedingungen für die Transformation jetzt auf den Weg bringen

Heute haben Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Gewerkschaft und der Stahlindustrie im Rahmen eines virtuellen Stahlforums über die Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl der Bundesregierung diskutiert. Das Konzept ist eine wichtige Grundlage, um den Weg zu einer klimaneutralen Stahlindustrie politisch zu begleiten.

„Nach diesem auch für die Stahlindustrie in Deutschland herausfordernden Jahr, ist es gut, dass wir uns in einem gemeinsamen Gespräch mit Bundes- und Landesministern zum Umsetzungsstand des Handlungskonzepts Stahl ausgetauscht haben. Es wurde einmal mehr deutlich, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das gemeinsame Ziel haben, eine CO₂-arme Stahlproduktion zu fairen Bedingungen möglich zu machen. Ohne konkrete politische Maßnahmen in der Handels-, Energie und Klimapolitik, besonders auf EU-Ebene, drohen im Zuge wachsender Belastungen für die Stahlunternehmen wichtige Klimaschutz-Investitionen auszubleiben und Arbeitsplätze verloren zu gehen“, mahnt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Entscheidend sei in diesem Zusammenhang auch die Vernetzung zwischen den politischen Ebenen: „Initiativen von Bund, Ländern und der EU müssen ineinandergreifen. Besonders für eine umfassende Förderung von Investitionen und höheren Betriebskosten CO₂-armer Produktionsverfahren muss dringend ein europäischer Rahmen geschaffen werden. Leider wird in Brüssel noch zu viel über Ziele gesprochen, statt über Wege wie diese erreicht werden können“, erklärt Kerkhoff weiter.

Wie wichtig und dringend es ist, die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Transformation auf den Weg zu bringen, zeigt eine aktuelle Studie der Prognos AG im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung Stahl: Wird die Dekarbonisierung der Stahlindustrie ausschließlich durch steigende CO₂-Preise forciert, droht unweigerlich ein Rückgang von Produktion und Beschäftigung. Der damit verbundene volkswirtschaftliche Schaden in Form von verllorener Wertschöpfung würde ein Vielfaches der Umstellungskosten auf CO₂-arme Produktionsverfahren betragen. Hinzu kommt: Wird Stahl in anderen Regionen der Welt mit geringeren Klimaschutzauflagen hergestellt und anschließend nach Europa importiert, schadet dies auch massiv dem Klima. Dazu Kerkhoff: „Dekarbonisierung durch De-Industrialisierung ist sowohl volkswirtschaftlicher als auch klimapolitischer Unsinn: Jedes Prozent CO₂, das auf diesem Weg beim Stahl reduziert wird, ist mit einem Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen innerhalb der Wertschöpfungskette verbunden. So wird Europa weltweit keine Nachahmer für einen Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft finden.“ Um die Branche vor Carbon Leakage zu schützen, fordert der Verband daher eine ausreichende Zuteilung von freien Zertifikaten und Entlastungen bei Strompreisen im Rahmen des EU-Emissionsrechtehandels, ergänzt durch eine geeignete Form des Grenzausgleichs.

[Die Studie „Klimapolitische Herausforderungen der Stahlindustrie“ und weiterführende Informationen sind unter \[www.stahl-online.de\]\(http://www.stahl-online.de\) abrufbar.](http://www.stahl-online.de)

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 85.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de.

Rückfragen
Marvin Bender
Pressesprecher

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-116 oder -847
Fax +49 (0) 211 67 07-676
Mail marvin.bender@wvstahl.de